

Dieter Dohmen

**Zum volkswirtschaftlichen Schaden
der unzureichenden vorschulischen
Förderung in Deutschland oder
warum die Frühförderung im
demografischen Wandel an
Bedeutung gewinnt**

**Beitrag zum „Weißbuch – Wachstum durch
Bildung – Chancen für die Zukunft nutzen“
von Daniel Dettling und Christof Prechtl (Hg.)**

FiBS-Forum Nr. 29

Köln, September 2005

ISSN 1610-3548



© 2005 **Forschungsinstitut für Bildungs- und Sozialökonomie, Köln**

Nachdruck und Vervielfältigung – auch auszugsweise – sowie Weitergabe bzw. Verkauf sind nur mit ausdrücklicher schriftlicher Genehmigung der Verfasser gestattet.



**FiBS - Forschungsinstitut für
Bildungs- und Sozialökonomie**

Platenstraße 39

50825 Köln

Tel.: 0221/550 9516

Fax: 0221/550 9518

E-Mail: fibs@fibs-koeln.de

URL: www.fibs-koeln.de

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	4
2. Alterskohorten bei Ein- und Austritt in den Arbeitsmarkt.....	4
3. Aktuelle Tendenzen und Entwicklungen im Bildungsbereich	6
4. Bildungspotenziale im frühkindlichen Bereich mobilisieren	10
5. Die Kosten und Nutzen höherwertiger Kita-Einrichtungen.....	12
6. Ein 12-Punkte-Plan zur Verbesserung des Bildungssystems.....	15
Literatur	17

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Erwerbspersonenpotenzial in den Arbeitsmarkt ein- und austretender Kohorten	5
Abbildung 2: Entwicklung des Bildungsniveaus der 25-34jährigen Bevölkerung 1995 und 2002 im Vergleich	8
Abbildung 3: Exemplarische Übersicht über die privaten und öffentlichen Kostenträger und Nutzenempfänger	12
Abbildung 4: Exemplarische Übersicht über die öffentlichen Kostenträger und Nutzenempfänger	13

1. Einleitung

Die Diskussion über den demografischen Wandel erreicht langsam auch den Bildungsbereich. Dies erfolgt allerdings leider eher reaktiv, indem die Anzahl der Kindertageseinrichtungen und Schulen an die demografische Entwicklung, d.h. die sinkenden Kinderzahlen angepasst und die Bildungsausgaben verringert werden. Dies ist auch eine Folge des von der Finanzministerkonferenz beschlossenen „demografischen Sparsens“, das unterstellt, dass das deutsche Bildungssystem aufgrund der kleiner werdenden Alterskohorten weniger Finanzmittel benötigt. Dies übersieht mehrerlei. Es ist zwar m.E. durchaus zutreffend, dass das deutsche Bildungssystem mehr Ressourcen verbraucht als nötig, bedingt durch eine massive Ineffizienz. Nach groben Schätzungen dürften zwischen 20 und 25 % der eingesetzten Mittel von rund € 100 Mrd. (Dohmen/Hoi 2004) an Effizienzreserven innerhalb und aus dem Bildungssystem heraus generiert werden können. Allerdings ist der Zusammenhang zwischen Demografie und Einsparpotenzialen nicht so einfach, wie die Finanzminister in ihrem Beschluss suggerieren. Vielmehr wären die Folgen einer entsprechenden Ausgabenpolitik für die langfristige wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung katastrophal, wie die nachfolgenden Ausführungen zeigen werden.

Zur Verdeutlichung dieser Konsequenzen setze ich bei einer Betrachtung der Bevölkerungsentwicklung, fokussiert auf die Arbeitsmarktein- und –austritte an. Hieran schließt sich eine Analyse der derzeitigen Entwicklungstrends an, die durch eine Darstellung der Anforderungen an ein zukunftsfähiges Bildungssystem abgerundet werden.

2. Alterskohorten bei Ein- und Austritt in den Arbeitsmarkt

Aus der Perspektive des vorliegenden Beitrags interessieren vor allen Dingen zwei Alterskohorten, diejenigen, die in den Arbeitsmarkt ein- bzw. austreten. Die Austretenden charakterisieren das Arbeitskräftevolumen, das durch die in den Arbeitsmarkt nachwachsende Generation ersetzt werden muss („Ersatzbedarf“). Die folgende Abbildung stellt diese beiden Kohorten unmittelbar gegenüber.

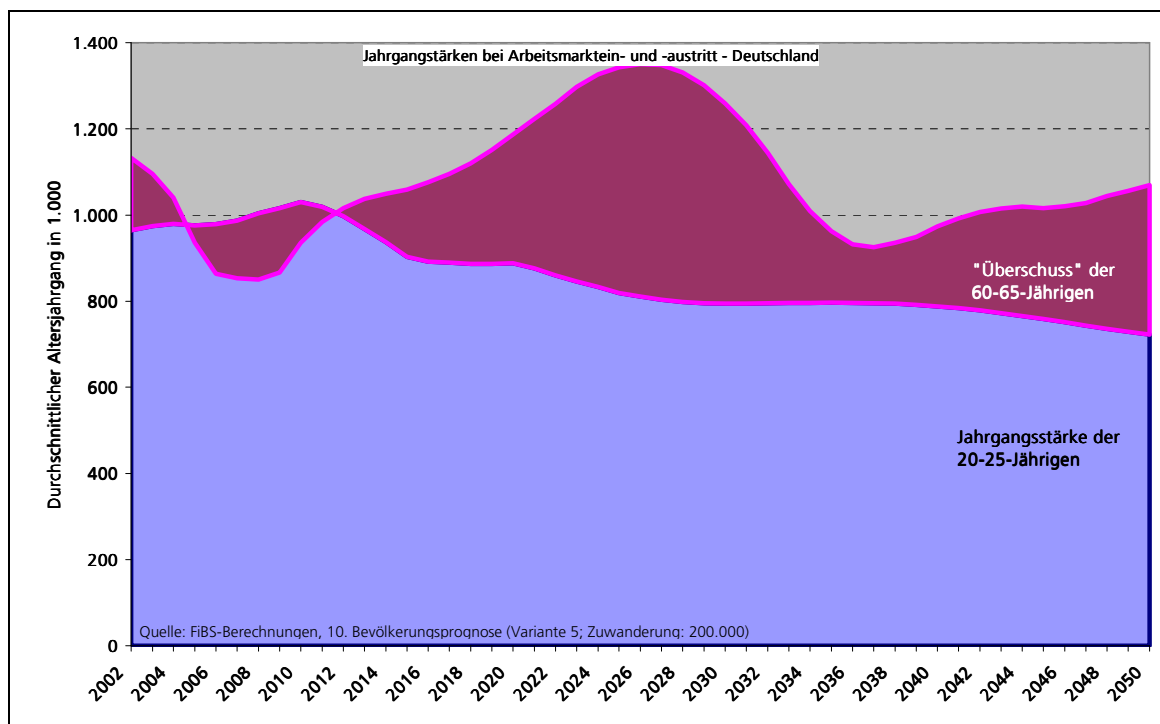


Abbildung 1: Erwerbspersonenpotenzial in den Arbeitsmarkt ein- und austretender Kohorten

Aus dem Arbeitsmarkt treten die erwerbstätigen Personen im Renteneintrittsalter aus, d.h. (theoretisch) die 65jährigen.¹ Diese stellen c.p. den Ersatzbedarf dar, der durch Neueintritte in den Arbeitsmarkt gedeckt werden muss, d.h. durch die Gruppe der 18 bis 25jährigen. Abbildung 1 stellt die entsprechenden Alterskohorten unmittelbar gegenüber.

In den kommenden Jahren sind die jüngeren Generation noch etwas größer als die aus dem Arbeitsmarkt ausscheidenden Jahrgänge, d.h. der Arbeitsmarkt wird die ausscheidenden Arbeitskräfte „ohne Probleme“ ersetzen können. Dies verändert sich jedoch in zunehmendem Maße ab etwa 2010 und erreicht seinen vorläufigen Höhepunkt um 2025. Trotz einer Zuwanderung von durchschnittlich 200.000 Personen aus dem Ausland ergibt sich 2025 eine Arbeitskräftelücke von rund 550.000 Personen pro Jahr; den rund 1,35 Mio. Älteren stehen nur rund 800.000 Junge gegenüber. D.h., wenn in 20 Jahren von den „Alten“ nur zwei Drittel noch arbeiten würden, müsste von den Jungen schon jeder einzelne in den Arbeitsmarkt eintreten, um die Lücke zu füllen. Derzeit liegt die Erwerbsquote der 50-64jährigen tatsächlich bei rund 50 %, wobei es erhebliche qualifikationsspezifische Differenzen gibt (Reinberg/Hummel 2005). Hinzu kommt

¹ In der Abbildung wurde jeweils die durchschnittliche Kohortengröße der 20 bis 25 bzw. 60 bis 65 Jährigen zugrunde gelegt.

dann ferner, dass durch die zunehmende Differenz die Potenziale zur Ausdehnung der Erwerbstätigkeit weitestgehend ausgeschöpft sein werden.

Um gleich dem beliebten Satz ‚Prognosen sind schwierig, insbesondere wenn sie in die Zukunft gerichtet sind‘ zu entkräften: Die Hochschulabsolventen 2025 haben in diesen oder im letzten Jahr ihren Bildungsweg in den Kindertageseinrichtungen begonnen, und auch die Abiturienten und Absolventen einer (dualen) Ausbildung des Jahres 2025 sind größtenteils bereits geboren. D.h., die Größe der Alterskohorten ist bereits bekannt und keine fiktive Größe wie das obige Zitat suggeriert. Lediglich das Zuwanderungsvolumen ist „unbekannt“ bzw. veränderbar. Zu berücksichtigen ist dabei jedoch, dass sich bei einer gegenüber heute verringerten Zuwanderung die Lücke vergrößern würde.

Qualifikationsniveaus

Die in rund 20 Jahren ausscheidenden Alterskohorten haben Mitte bis Ende der 1980er Jahre ihr Hochschulstudium beendet bzw. um 1980 ihre Berufsausbildung abgeschlossen. Rund 15 % dieser Jahrgänge haben ein Hochschulstudium abgeschlossen und rund 65 bis 70 % eine Berufsausbildung. Wenn also die nachwachsende Generation nur rund halb so groß ist wie die ausscheidende, dann heißt dies, dass die Akademikerquote – ohne Berücksichtigung des generellen Trends zu höheren Qualifikationsanforderungen der Wirtschaft – verdoppelt werden muss. Statt 15 % benötigen wir dann also mindestens 30 %, eher 40 % Akademiker. Unter ungefährender Konstanthaltung des Anteils an Personen mit einer Berufsausbildung bedeutet dies, dass der Anteil von un- oder gering qualifizierten Personen minimiert werden muss.

Welche aktuellen Entwicklungen zeichnen sich ab?

3. Aktuelle Tendenzen und Entwicklungen im Bildungsbereich

Betrachtet man die aktuellen Entwicklungen, dann wird deutlich, dass diese nur teilweise in die erforderliche Richtung zeigen. Stattdessen weist ein erheblicher Teil der Indizien in die gegenläufige Richtung, was auf eine weitergehende Spaltung der Gesellschaft hindeutet. Dies soll anhand einiger zentraler Tendenzen gezeigt werden.

Stagnation und Dequalifikation statt Höherqualifizierung

Waren die 1970er und 1980er Jahre durch eine deutliche Höherqualifizierung der jüngeren Jahrgänge gegenüber den Vorgängergenerationen gekennzeichnet, so ist

seit über zehn Jahren eine Stagnation bzw. nur noch leichte Zunahme bei den Akademikerquoten festzustellen.

Zwar liegen die Studienanfängerquoten seit einiger Zeit bei deutlich über 30 %, dennoch ist die Akademikerquote in den vergangenen 10 Jahren nur marginal von 16,4 auf 18,4 % gestiegen;² inwieweit die Trends der vergangenen zwei Jahre tatsächlich wieder auf einen längerfristigen Akademisierungstrends hinweisen, bleibt abzuwarten. Bleiben die Erfolgsquoten unverändert bei rund 75 % der Studienanfänger, dann müsste sich die Akademikerquote bezogen auf den Altersjahrgang in den kommenden Jahren erheblich erhöhen.

Leicht gegenläufige Tendenzen zeigen sich auf den ersten Blick im (dualen) Berufsausbildungssystem, wobei die geringe Reduktion durch Zunahmen in den Übergängen in berufliche Schulen, d.h. Fach- und Berufsfachschulen sowie berufsvorbereitende Maßnahmen (Berufsgrundbildungsjahr etc.) bedingt ist.

Von zentraler Bedeutung ist der in den letzten Jahren zunehmende Anteil von Jugendlichen ohne Hauptschulabschluss. Rund jeder zehnte Jugendliche kann keinen Hauptschulabschluss mehr vorweisen. Dies ist angesichts der hohen Arbeitslosigkeit dieser Gruppe eine fatale Entwicklung. Die notwendigen Nachqualifizierungsmaßnahmen kosten meist viel Geld, lassen aber den wünschenswerten Erfolg weitgehend vermissen.

Die nachfolgende Abbildung 2 fokussiert die Entwicklung des Qualifikationsniveaus auf die 25-34 Jährigen 1995 und 2002 im internationalen Vergleich. Hierbei zeigt sich, dass in diesen sieben Jahren der Anteil an Personen in Deutschland, der nicht mindestens einen oberen Sekundarabschluss hat, von 11 % auf 15 % erhöht hat und Deutschland zusammen mit den USA das einzige Land ist, das eine solche Entwicklung aufweist. In allen anderen Ländern ist der Anteil an vergleichsweise gering qualifizierten Personen bei den 25-34jährigen gesunken, wenn auch z.B. in der Schweiz nur geringfügig. Gleichzeitig hat sich in Deutschland der Akademikeranteil nur leicht erhöht, so dass sich der Anteil an Personen mit einem mittleren Qualifikationsniveau um 5 Prozentpunkte reduziert hat. Soweit in anderen Ländern eine vergleichbare Entwicklung bezogen auf das mittlere Qualifikationsprofil festzustellen ist, ist dies ausnahmslos auf eine Höherqualifizierung zurückzuführen und nicht wie in Deutschland vor allem auf eine Ausdehnung der vergleichsweise gering Qualifizierten. Dies bedeutet, dass

² Betrachtet man ausschließlich die Alterskohorten deutscher Herkunft, dann stieg die Quote zwar von 18,5 % auf 20,8 %, allerdings ändert sich das Gesamtbild nur unwesentlich.

Deutschland das einzige Land ist, in dem das Qualifikationsniveau der 25-34jährigen Bevölkerung zwischen 1995 und 2002 faktisch gesunken ist.

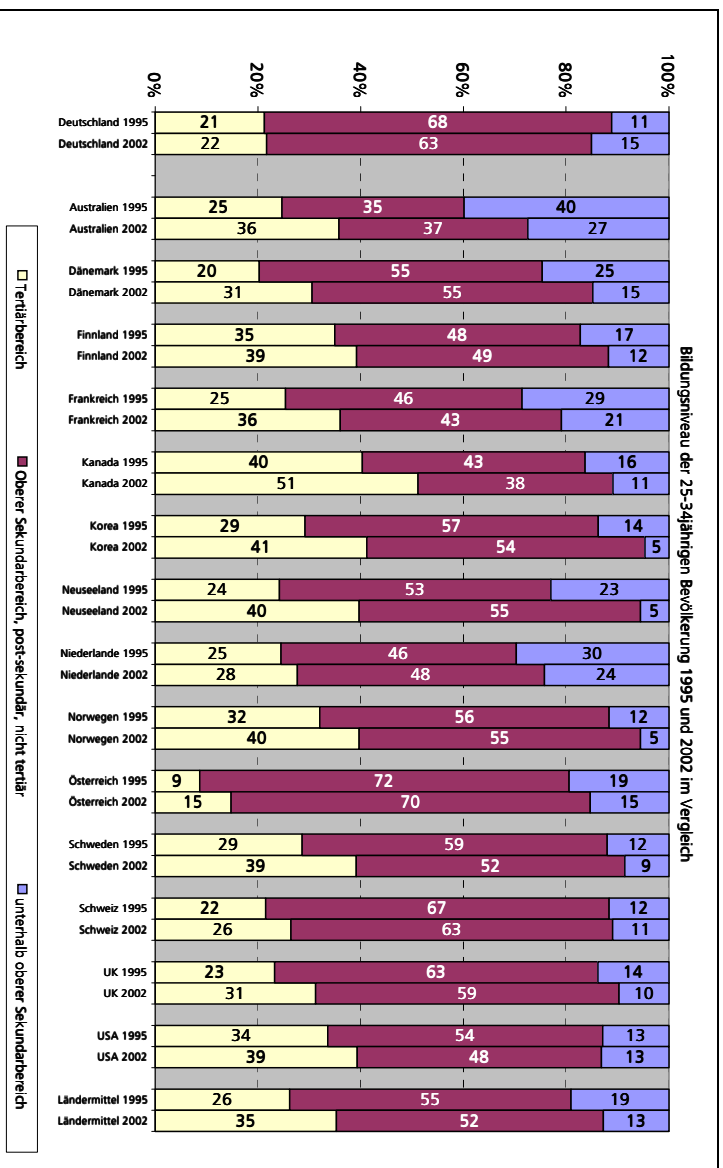


Abbildung 2: Entwicklung des Bildungsniveaus der 25-34jährigen Bevölkerung 1995 und 2002 im Vergleich

Dequalifikation bei den Hochqualifizierten

Fraglich ist, inwieweit die begonnene Neustrukturierung des Studiensystems, die sich als Folge des so genannten Bologna-Prozesses vor allen Dingen in den neuen Studienabschlüssen widerspiegelt, hier zu Veränderungen führen wird. Wird an den derzeit diskutierten rigorosen Übergangquoten vom Bachelor- ins Masterstudium festgehalten, dann dürfte dies zwar einerseits zu höheren Akademisierungsraten führen. Andererseits würde sich aber der Anteil der Personen mit einem dem heutigen Diplom- und Magisterabschlüssen vergleichbaren Qualifikationsniveau reduzieren.

Mit Blick auf den Qualifikationsbedarf der Unternehmen und den sich abzeichnenden Ersatzbedarf steht somit zu erwarten, dass Angebot und Nachfrage nach hoch- und höchstqualifizierten Arbeitskräften weiter auseinanderdriften könnten als bereits die bisherigen Prognosen bis 2015 erwarten lassen.

Im Hinblick auf die o.g. Akademisierungsquote ist darauf hinzuweisen, dass der notwendige Anteil von 30 oder gar 40 % sich auf das heutige Diplom- bzw. Masterniveau bezieht, dem der Masterabschluss entspricht. Dies bedeutet, dass bei einer (derzeit

unrealistischen) Studierendenquote von 50 % eines Altersjahrgangs die Übergangsquote in das Masterstudium bei 60 bzw. 80 % liegen müsste; vorausgesetzt alle Studienanfänger schließen das Bachelorstudium erfolgreich ab – andernfalls droht eine Dequalifizierung auf höchstem Niveau.³ Von der Politik werden derzeit aber Übergangsquoten vom Bachelor- ins Masterstudium von 20 bis 50 % diskutiert.

Intergenerationale Kontinuität von Bildungswegen

Trotz aller (akklamatorischen) Bemühungen in den vergangenen 40 Jahren hat es Deutschland nicht geschafft, den starken Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungsniveau zu durchbrechen. In den vergangenen gut 20 Jahren sind die Studierendenanteile aus niedrigen sozialen Herkunftsschichten von 23 % auf 13 % zurückgegangen.

Umgekehrt kommen die meisten Jugendlichen ohne Hauptschulabschluss und/oder Berufsausbildung aus so genannten bildungsfernen Schichten bzw. haben einen Migrationshintergrund. Diese Tendenz ist umso problematischer, wenn man sich die nachfolgend beschriebene Tendenz vor Augen führt.

Ein zunehmender Anteil an Kindern wird in bildungsferne Schichten hinein geboren

Die Indizien für diese These sind zwar nicht so eindeutig wie für die vorgehenden Aspekte, aber m.E. unübersehbar. So ist der Anteil von Kindern mit Sozialhilfebezug in den vergangenen rund 25 Jahren kontinuierlich und deutlich überproportional gestiegen. Ferner ist davon auszugehen, dass die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe zu einem weiteren Anstieg um bis zu 50 % führen wird, teilweise statistisch bedingt, teilweise durch die Reduktion des Haushaltseinkommens. Zudem zeigt sich, dass die Sozialhilfe- bzw. die Armutswahrscheinlichkeit zunimmt, je größer die Anzahl bzw. umso jünger die Kinder sind. Zugleich sind alleinerziehende Eltern deutlich überproportional von Armut und Sozialhilfebezug betroffen (11. Kinder- und Jugendbericht).

Der alarmierendste Hinweis für die o.g. These ist die Tatsache, dass derzeit rund 40 % der Akademikerinnen des Jahrgangs 1965 keine Kinder haben; der Anteil der kinderlosen männlichen Akademiker ist sogar noch höher. Ferner haben Akademikerinnen, wenn sie Kinder haben, meist weniger Kinder als Frauen mit anderem Bildungshintergrund.

³ Mir erscheint es dabei unrealistisch anzunehmen, dass der Bachelorabschluss dem heutigen FH-Abschluss entspricht, was offensichtlich manche unterstellen.

Diese Punkte deuten als Indizien stark darauf hin, dass die o.g. These richtig ist, dass nämlich Kinder zunehmend in bildungsfernere und damit meist niedrigere sozio-ökonomische schwächere Schichten hineingeboren werden. In Verbindung mit der ungebrochenen Kontinuität intergenerationaler Bildungswege drohen somit aber längerfristige Dequalifizierungstendenzen.

Zusammenfassung

Die dargestellten Entwicklungen sind für die zukünftige Entwicklung des Bildungssystems bzw. die Anforderungen an ein zukunftsfähiges Bildungssystem von zentraler Bedeutung. Dem steigenden Bedarf an hochqualifizierten Arbeitskräften steht ein tendenziell sinkendes Potenzial an Kindern und Jugendlichen gegenüber, die „quasi sui generis“ diesen steigenden Anforderungen entsprechen dürften, wenn der aufgezeigte Zusammenhang zwischen sozio-ökonomischer Herkunft und Bildungsniveau nicht endlich durchbrochen wird.

Wenn aber die Eltern bzw. Familien zu dieser Durchbrechung nicht oder nur eingeschränkt dazu in der Lage sind, dann kommt dem Bildungssystem **die zentrale Rolle** für die „Qualität“ bzw. das Qualifikationsniveau der nachwachsenden Generationen zu. Wenn zudem die Entwicklungsdisparitäten umso größer werden, je älter die Kinder sind, dann ist der Elementarbereich die zentrale Schaltstelle für den nachfolgenden Bildungsweg, ohne die Relevanz des Schulsystems gering zu achten oder zu unterschätzen.

4. Bildungspotenziale im frühkindlichen Bereich mobilisieren

Eine jüngst vom FiBS vorgelegte Studie verdeutlicht die positiven Effekte, die sich aus einem qualitativ hochwertigen Kita-System ergeben (Dohmen 2005a, 2005b). Danach lassen sich positive Effekte des Kita-Systems auf alle Kinder identifizieren, insbesondere aber für Kinder aus benachteiligten Familien. Für diese letztgenannte Zielgruppe ermitteln amerikanische Langzeit-Untersuchungen bis zum 40. Lebensjahr erhebliche positive Effekte, die einem finanziellen Gegenwert (Return on Invest) von \$ 12,90 je eingesetztem Dollar entsprechen. Dies entspräche – ökonomisch gesprochen – über 35 Jahre gerechnet einer durchschnittlichen Rendite von 7,5 % pro Jahr, wobei im Hinblick auf die Zielgruppe der Programme in den USA insbesondere die kriminalitätsreduzierenden Effekte zu erwähnen sind (Schweinhart 2004), die in dieser Form nicht auf Deutschland übertragen werden können. Dies könnte aber bedeuten, dass

die positiven Effekte auf Kinder aus bildungsferneren Familien deutlich höher wären, als in anderen Studien für Deutschland oder die Schweiz allgemein ausgewiesen (Bock-Famulla 2002; Müller Kucera und Bauer 2000).

Insgesamt wirkt (hochwertige) frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung auf die Kinder über folgende Effekte:

- unmittelbare Partizipationsnutzen der Kinder (höhere Zufriedenheit, besseres Sozialverhalten, höheres Selbstwertgefühl etc.)
- höhere IQ-Werte
- evtl. frühere Einschulung
- weniger Klassenwiederholungen
- geringerer Verweis auf Sonderschulen
- geringere Abbruchraten bzw. höhere Absolventenquoten
- früherer Bildungsabschluss
- höhere Übergangsquoten auf weiterführende Bildungseinrichtungen (Optionsertrag)
- besseres soziales Verhalten
- bessere Gesundheit und Ernährung
- geringere Kriminalitätsraten
- höheres Erwerbseinkommen und höhere Steuer- und Sozialversicherungseinnahmen
- geringere Arbeitslosigkeit
- geringere Inanspruchnahme von Sozialleistungen.⁴

Wichtig erscheint auch der Hinweis, dass diese Effekte prinzipiell umso größer sind, je besser die strukturelle und pädagogische Qualität der entsprechenden Einrichtung ist. Dies verweist aus mehreren Gründen auf einen notwendigen quantitativen und qualitativen Ausbau des frühkindlichen Bildungsbereichs.

Die hier kurz aufgeführten Effekte haben unmittelbare Rückwirkungen auf die für das Bildungssystem insgesamt aufgewendeten Ausgaben, die zwar für den Kita-Bereich höchstwahrscheinlich erhöht werden müssten, aber mittel- bis langfristig zu erheblichen Einsparungen in nachgelagerten Bildungsbereichen führen werden. Diese fiskalische Wirkungskette soll im Folgenden genauer dargestellt werden.

⁴ Darüber lassen sich auch unmittelbar positive Effekte auf die Eltern bzw. insbesondere die Mutter identifizieren, auf die hier allerdings nicht eingegangen werden soll (siehe hierzu Dohmen 2005).

5. Die Kosten und Nutzen höherwertiger Kita-Einrichtungen

Aus den dargestellten positiven Effekten auf die Kindesentwicklung ergeben sich Folgewirkungen auf verschiedene Kostenträger und Nutzenempfänger. Abbildung 3 stellt die wesentlichen Kosten und Nutzen differenziert nach den einzelnen Kostenträgern und Nutzenempfängern dar, die sich aus dem **qualitativen und quantitativen** Ausbau des Kita-Bereichs ergeben würden.

So wirken qualitativ hochwertige Kitas über eine bessere persönliche Entwicklung des Kindes auf das Schulsystem. Einerseits können Kinder u.U. früher eingeschult werden oder haben bessere Voraussetzungen für die Schule. Dies heißt, dass sie größere Lernfortschritte erzielen bzw. die Lehrerinnen und Lehrer weniger stark kompetitorisch gefordert sind. In der Folge heißt dies, dass die Kinder weniger sitzenbleiben und/oder mit besseren Leistungen das Schulsystem (früher) verlassen.

	Kind	Eltern	Unternehmen	Staat	Gesellschaft
Kosten		Höhere Steuerzahlung (marginal, c.p.)	Höhere Steuerzahlung (marginal, c.p.) Ausbaukosten in Betriebskindergärten	Politische Transaktions-/Umsetzungskosten (B/L) Ausbaukosten (K)	Summe privater Kosten
Monetäre Nutzen	Bessere Bildung/Erziehung Bessere Bildungsleistungen Kürzere Bildungszeiten Höhere Einkommen Geringere Arbeitslosigkeit	Geringere Such- und Informationskosten Geringere „Reparatur“-kosten Geringere Lebenshalt. (kürz. Bildungsdauer) Höheres eigenes Einkommen (Produktivität, Arbeitszeit)	Produktivere u. weniger Teilzeit arbeitende Eltern Bessere Wettbewerbsfähigkeit Höhere Gewinne Geringere Steuerzahlung Geringere Lohnnebenk. Geringere Qualifizierungskosten	Niedrigere Sozialausgaben (kurz-/langfristig) Höhere Steuer- und SV-Einnahmen (kurzfr.) Geringere Bildungs- und Reparaturkosten Höhere Steuer- und SV-Einnahmen (langfr.) Standortfaktor Qualifikation, Familie, Bildung	Summe private Erträge Höheres Wirtschaftswachstum Bessere Wettbewerbsfähigkeit Standortfaktor Qualifikation, Familie, Bildung
Nicht-monetäre Nutzen/externe Effekte	Bessere Gesundheit Konsumverhalten Geringere Kriminalitätswahrscheinlichkeit		Bessere Wettbewerbsfähigkeit Standortfaktor Qualifikation, Familie, Bildung	Geringere Kriminalitätswahrscheinlichkeit Höhere Wettbewerbsfähigkeit	Geringere Kriminalität Bessere Gesundheit Sonstige externe Effekte (Demokratie, soziales Kapital)

Abbildung 3: Exemplarische Übersicht über die privaten und öffentlichen Kostenträger und Nutzenempfänger

Die kürzere Verweildauer bedeutet geringere Kosten für das Schulsystem, wovon vor allem die Bundesländer profitieren, die den größten Ausgabenanteil finanzieren. Verbunden ist damit auch eine geringere Quote von Jugendlichen, die in Sonderschulen verwiesen werden müssen, die deutlich teurer sind als andere Schulen. Bessere schulische Leistungen heißt zudem, dass Jugendliche früher in eine Berufsausbildung eintreten und die häufig monitierten Leistungsdefizite weitestgehend eliminiert werden

könnten. Dies hat einerseits positive Effekte für die öffentlichen Haushalte, da sie dann einerseits früher Steuer- und Sozialversicherungszahlungen erhalten und früher nur noch die geringeren Kosten für die Berufsschulen finanzieren müssen. Die Anteile der Jugendlichen, die eine Schule ohne Abschluss abbrechen, dürften deutlich geringer werden etc. D.h. insbesondere die Länder dürften über geringere Kosten im Schulsystem von besseren Kita profitieren. Vorteile haben aber natürlich auch die Unternehmen und die Gesellschaft.

Ferner dürften mehr Jugendliche in die allgemein bildende Sekundarstufe II eintreten und die Hochschulreife erwerben und anschließend studieren. Dies wäre zwar vorübergehend mit höheren öffentlichen und privaten Ausgaben verbunden, würde sich aber ebenfalls mittelfristig rentieren und zwar für die öffentlichen und privaten Haushalte, d.h. konkret für Individuen, Unternehmen, Staat und Gesellschaft.

Ein grundlegendes Problem ist aber und das wird in der nachfolgenden Abbildung 4 noch deutlicher, ist, dass die Kosten und Erträge auch und gerade bei der öffentlichen Hand auseinander fallen. Nach der derzeitigen Lastverteilung wären die Kommunen diejenigen, die den quantitativen und qualitativen Ausbau ganz überwiegend finanzieren müssten, wovon aber vor allen Dingen Bund und Länder kurz-, mittel- und langfristig profitieren würden. Dies bedeutet, dass die ungünstigen Anreizstrukturen dem notwendigen und individuell wie wirtschaftlich notwendigen Ausbau entgegenstehen.

	Kommune	Land	Bund
Kosten	Kosten des Ausbaus (überwiegend)	Höhere Schulausgaben bei mehr Übergängen in weiterführende allgemeinbildende Schulen und Hochschulen Kosten für die Qualifizierung zusätzlicher ErzieherInnen	
Monetäre Nutzen/ Kostenreduktionen	Geringere Sozialhilfeausgaben Höhere Einkommensteuereinnahmen (15%), ggf. auch früher Höhere Gewerbesteuereinnahmen Niedrigere Ausgaben bei anderen Jugendhilfeausgaben etc.	Geringere „Reparatur“-kosten (z.B. Sonderschulen) Höhere Einkommensteuereinnahmen (42,5%), ggf. auch früher Niedrigere Sozialausgaben Geringere Kriminalitätskosten (Strafverfolgung, Strafvollzug)	geringere Bildungs- und Reparaturkosten (z.B. berufsvorbereitende Maßnahmen, Jump) höhere Einkommensteuereinnahmen (42,5%), ggf. auch frühere frühere u. höhere Sozialversicherungseinnahmen (100 %), gering. Bundeszuschuss Bessere Wettbewerbsfähigkeit Höheres Wirtschaftswachstum Bessere Gesundheit = geringere KV-Kosten
Nicht-monetäre Nutzen/externe Effekte	Standortfaktor Qualifikation, Familie, Bildung Sonstige externe Effekte (Demokratie, soziales Kapital)	Standortfaktor Qualifikation, Familie, Bildung Sonstige externe Effekte (Demokratie, soziales Kapital)	Standortfaktor Qualifikation, Familie, Bildung Sonstige externe Effekte (Demokratie, soziales Kapital)

Abbildung 4: Exemplarische Übersicht über die öffentlichen Kostenträger und Nutzenempfänger

Um die Konsequenzen dieser Strukturprobleme aufzuzeigen und damit den Bogen vollends aufzuspannen, sei darauf hingewiesen, dass umgekehrt aus diesen Überlegungen folgt, dass eine unzureichender quantitativer wie qualitativer Ausbau mit negativen Effekten auf die Kindesentwicklung und die nachgelagerten Bildungsprozesse, aber auch die wirtschaftliche und individuelle Entwicklung verbunden ist, einschließlich höherer Arbeitslosigkeits- und Sozialleistungswahrscheinlichkeit. Hierbei ist zudem zu berücksichtigen, dass insbesondere der Krippenbereich überproportional von mittleren und oberen Schichten genutzt wird und insofern keinerlei kompensatorische Funktion übernehmen kann. Ähnlich dürfte auch der Zugang zu hochwertigeren Einrichtungen einseitig zugunsten dieser Gruppen verteilt sein.

Diese Folgen einer unzureichenden Frühförderung lassen sich somit dahingehend zusammenfassen: Einerseits werden erhebliche öffentliche Mittel für längere Schulzeiten und insbesondere Nachqualifizierungen, aber auch Sozialleistungen gebunden. Andererseits werden die Unternehmen in zunehmendem Maße abwandern müssen, nicht weil die Arbeitskosten in Deutschland zu hoch und das Umfeld unattraktiv ist, sondern weil ihnen die qualifizierten Arbeitskräfte schlicht fehlen werden. Dies gilt dann im Übrigen nicht mehr nur für die großen und mittleren Unternehmen, sondern in zunehmendem Maße auch für die kleinen, da sie die ungünstigsten Voraussetzungen für eine erfolgreiche Ansprache hochqualifizierter Arbeitskräfte haben. Dies würde in nachhaltig niedrigeren wirtschaftlichen Wachstumsraten und einem sinkenden Wohlstand resultieren. Deutschland hat auch bildungsbedingt in den vergangenen Jahren erheblich an Boden gegenüber wirtschaftlich vergleichbaren Ländern verloren (siehe zusammenfassend Dohmen 2005c)

Ich gebe durchaus zu, dass dies wie „Horrorszenario“ wirken und vordergründig leicht abgetan werden könnte; allerdings wäre es fatal, wenn die beschriebenen Indizien für eine solche Entwicklung zu übersehen bzw. nicht zu erwähnen. Wichtig ist dabei auch der Hinweis, dass sich die notwendigen Maßnahmen auf das gesamte Bildungssystem verteilen und die Kindertageseinrichtungen hier nicht alleine gefordert sind. Das folgende Kapitel fasst die zentralen Eckpunkte für das gesamte Bildungssystem kompakt zusammen, auch um zu verdeutlichen, dass die nachhaltige Verbesserung des Qualifikationsniveaus der nachwachsenden Generationen eine Aufgabe für das gesamte Bildungssystem und die gesamte Gesellschaft einschließlich der Unternehmen ist.

6. Ein 12-Punkte-Plan zur Verbesserung des Bildungssystems

1. Um in 20 Jahren den Ersatzbedarf an Akademikern decken zu können, sollte die Hochschulabsolventenquote auf 35-40 % eines Altersjahrgangs angehoben werden. Bei Erfolgsquoten im Bachelorstudium von 75 % und Übergangsquoten von durchschnittlich 50 % in das Masterstudium, wäre eine Studienanfängerquote von 50 % eines Jahrgangs erforderlich. Derzeit liegt die Quote bei gut 35 % bezogen auf deutsche Studierende. Werden diese Quoten nicht erreicht, kommt es durch die Umstellung auf Bachelor und Master zu einer Dequalifizierung im Bereich der Hoch- und Höchstqualifizierten.
2. Um den Anteil an Personen mit abgeschlossener Berufsausbildung bei 60-70 % halten zu können, müsste der derzeitige Anteil an Schulabbrechern bzw. Personen ohne abgeschlossene Berufsausbildung – derzeit etwa 20 % – minimiert werden.
3. Eine durchgängige Höherqualifizierung kann nur erreicht werden, wenn Kindern aus bildungsfernen Schichten der Zugang zu weiterführenden schulischen und hochschulischen Bildungsangeboten erleichtert wird. Von der bisherigen Bildungsexpansion haben vor allem Frauen, kaum aber Kinder aus bildungsfernen Familien profitiert. Bildungsverläufe sind nach wie vor über Generationen hinweg weitgehend identisch. Da aber zugleich der Anteil von Kindern wächst, die in bildungsfernen und niedrigeren sozio-ökonomischen Schichten geboren werden, und gerade gut gebildete und hochqualifizierte Frauen auf Nachwuchs verzichten, muss diese Kontinuität durchbrochen werden. Hierzu ist auch eine verbesserte finanzielle Förderung für den Besuch weiterführender Schulen notwendig, etwa in Form des Schüler-BAföGs.
4. Da zudem ein starker Zusammenhang zwischen Bildungsabbruch und sozialer Herkunft bzw. Migrationshintergrund besteht, sollten Kinder aus diesen Gruppen stärker gefördert werden. Dies wird aber nur gelingen, wenn damit bereits im Kindergarten begonnen wird. Die verfolgten Ansätze für Sprachförderung etc. gehen zwar in die richtige Richtung, reichen aber noch nicht aus. Darüber hinaus sollten Maßnahmen und Programme entwickelt werden, die die Eltern zur Förderung und Unterstützung ihrer Kinder animieren und motivieren.
5. Eine bessere Förderung kann auch durch flexiblere Klassengrößen erreicht werden; dies gilt insbesondere für Kinder mit Lernschwächen oder anderen Problemen und Benachteiligungen. Während eine generelle Verringerung der Klassengröße bzw. Schüler-Lehrer-Relation keine zwingend erforderliche, sondern eher kostenin-

tensive Strategie ist, weisen internationale Untersuchungen darauf hin, dass kleine Klassen oder Gruppen vor allem in frühen Bildungsphasen und bei benachteiligten Schülern vorteilhaft sind. Derzeit sinkt die Klassengröße bzw. Schüler-Lehrer-Relation aber eher mit der Verweildauer bzw. dem Bildungsniveau der Schule; Grundschulklassen sind oft deutlich größer als Oberstufenkurse.

6. Schüler können auch durch einen Unterricht gefördert werden, der sich stärker an ihrer Realität und Lebenswelt orientiert; rein abstrakte und akademisch ausgerichtete Lernprozesse, wie sie heutzutage überwiegend zu finden sind, werden vielen Schülern nicht gerecht. Beispiele für gute Modelle sind Produktives Lernen, Stadt als Schule, Betrieb und Schule oder Handwerk-Lernen etc., die potenziellen Schulabbrechern nicht nur zum Hauptschulabschluss, sondern oft auch zur Berufsausbildung verhelfen.
7. Insgesamt muss die Verweildauer im Bildungssystem erheblich verkürzt werden, ohne die Qualität zu verringern. Dies bezieht sich nicht nur auf die langen Studienzeiten, sondern es haben auch 15 % der Auszubildenden vorher ein Berufsgrundbildungs- oder -vorbereitungsjahr durchlaufen oder eine Berufsfachschule besucht; knapp 25 % der Studienanfänger haben vorher eine Berufsausbildung im dualen System absolviert. Vor allem die Verringerung von Umwegen, Nachqualifizierungen und Mehrfachausbildungen führt somit zu kürzeren Bildungszeiten. Unter Einbeziehung der Studienfachwechsler dürften jedes Jahr fast doppelt so viele Jugendliche eine Ausbildung beginnen, wie einem Altersjahrgang entsprechen würde. Dies kann die Kapazitäten des Bildungs- und Ausbildungssystems nur sprengen.
8. Darüber hinaus lässt sich die Effizienz erheblich steigern, indem die Zahl der Bildungsabbrecher verringert wird. So schließen derzeit 35-40 % der deutschen und fast 50 % einschließlich der ausländischen Studienanfänger ihr Studium nicht erfolgreich ab. Geht man von Vollzeit-Äquivalenten aus, dann dürfte die Zahl der tatsächlich Studierenden bei allenfalls etwa 1 Mio. liegen; somit würde umgerechnet nicht einmal jede/r zweite Immatrikulierte studieren. Weiterhin brechen 25 % ihre Berufsausbildung ab und 10 % erreichen keinen Hauptschulabschluss. Unter Einbeziehung der beruflichen Schulen dürfte somit durchschnittlich jeder Jugendliche einmal eine Ausbildung oder Schule abbrechen.
9. Gleichzeitig sollten die hochbegabten und leistungsstarken Schüler und Studierenden nicht vergessen werden. Dies setzt aber ein gutes Fundament voraus, das derzeit allenfalls eingeschränkt vorhanden ist, was auch und gerade für den Hochschulbereich gilt.

10. Kita, Schule und Hort sind nicht nur wichtige Einrichtungen zur frühen Förderung von Kindern, sondern auch für die Erwerbsbeteiligung von Müttern von zentraler Bedeutung. Sie brauchen eine verlässliche und zugleich flexible Halb- und Ganztagsbetreuung für ihre Kinder. In den alten Bundesländern werden Mütter auch dadurch zum Rückzug oder zur Einschränkung der Erwerbsbeteiligung genötigt, dass das Angebot vor allem im Bereich der 0-3-Jährigen und während der Grundschule unzureichend ist. Eine bessere Kinderbetreuung könnte auch dazu beitragen, dass Akademikerinnen wieder häufiger und mehr Kinder bekommen, da sie Familie und Beruf besser miteinander verbinden können.
11. Da Arbeitskräfte aufgrund des demografischen Wandels in Zukunft länger erwerbstätig sein müssen, ist eine stärkere Partizipation an Weiterbildung erforderlich, um Qualifikationen zu erhalten oder anzupassen. Während heute eine starke Korrelation zwischen Weiterbildungsbeteiligung und Vorbildung besteht, werden zukünftig verstärkt auch Arbeitskräfte mit geringerer Vorqualifikation und Berufstatus daran teilhaben müssen. Soweit dies nicht durch die Unternehmen ermöglicht wird, sollte die öffentliche Förderung entsprechend ausgerichtet werden und komplementär zu den Unternehmen agieren. Dies sollte nicht erst bei Arbeitslosigkeit, sondern bereits während der Erwerbstätigkeit einsetzen. Ein Ansatz wäre ein lebenslanges Bildungskonto, wie es das FiBS vor kurzem vorgeschlagen hat. Auch sollte sich Weiterbildung und Kompetenzentwicklung stärker auf praxis- und unternehmensorientierte Prozesse ausrichten.
12. Eine umfassende Strategie zur Erreichung der genannten Punkte sollte in einen Bildungsbereich übergreifenden Masterplan mit konkreten Konzepten, genauen Zahlen und finanziellen Kosten und Einsparungen überführt werden. Diese Masterpläne sollten dabei auf Länder- oder kommunaler Ebene ebenso ansetzen wie auf Bundesebene. Das FiBS arbeitet zurzeit an einem solchen Masterplan und an konkreten Lösungsansätzen zur Erreichung der genannten Ziele.

Literatur

Bock-Famulla, Kathrin (2002), Volkswirtschaftlicher Ertrag von Kindertagesstätten, Gutachten im Auftrag der Max-Traeger-Stiftung (Zusammenfassung), vervielfältigt, Bielefeld.

- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2001), 11. Kinder- und Jugendbericht. Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland, Berlin.
- Dohmen, Dieter, Michael Hoi (2004), Bildungsaufwand in Deutschland – eine erweiterte Konzeption des Bildungsbudgets, (Studien zur Technologischen Leistungsfähigkeit, 3-2004), FiBS-Forum Nr. 20, Köln.
- Dohmen, Dieter (2005a), Die Kosten und Nutzen eines Gütesiegels für Kindertageseinrichtungen, Gutachten im Auftrag des Deutschen Jugendinstituts (DJI), München. (zugleich FiBS-Forum Nr. 23; www.fibs-koeln.de).
- Dohmen, Dieter (2005b), Die Kosten und Nutzen eines Gütesiegels für Kindertageseinrichtungen, in: Angelika Diller, Hans Rudolf Leu, Thomas Rauschenbach (Hrsg.), Der Streit um das Gütesiegel, DJI Fachforum Bildung und Erziehung, hrsg. vom Deutschen Jugendinstituts (DJI), München.
- Dohmen, Dieter (2005c), Deutschlands Bildungssystem im internationalen Vergleich vor dem Hintergrund der technologischen Leistungsfähigkeit Deutschlands, Studie für den Bericht zur technologischen Leistungsfähigkeit Deutschland, FiBS-Forum Nr. 24 (www.fibs-koeln.de), Köln.
- Müller Kucera, Karin, Tobias Bauer (2000), Volkswirtschaftlicher Nutzen von Kindertagesstätten. Welchen Nutzen lösen die privaten und städtischen Kindertagesstätten in der Stadt Zürich aus? Schlußbericht, vervielfältigt, Bern.
- Reinberg, Alexander, Markus Hummel (2005), Höhere Bildung schützt auch in der Krise vor Arbeitslosigkeit, IAB-Kurzbericht Nr. 9 v. 13.6.2005, Nürnberg.
- Schweinhart, Larry, (2004), David Weikart's Legacy – The High/Scope Perry Preschool Study to Age 40, mimeo (www.highscope.org), Ypsilanti.